Christoph Strawe

Überlegungen zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens[1]

Wer sich mit dem Thema der Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens beschäftigt, sieht sich von vielen Seiten mit Einwänden konfrontiert. „Sie machen sich mit Rechenkunststücken etwas vor - das lässt sich gar nicht finanzieren“, heißt es, wenn man Rechnungen aufmacht. Verweist man dagegen darauf, dass alle Berechnungen nichts nützen, wenn man das Wesen des bedingungslosen Grundeinkommens und der ihm angemessenen Form der Finanzierung nicht verstanden habe, bekommt man zu hören, dies sei eine Schutzbehauptung aus eben jenem Grunde: weil nämlich die Sache völlig utopisch und nicht machbar sei.

Von anderer Seite wird eingewendet, dass alle Rechnungen von den Annahmen abhängen, die man ihnen zugrunde legt. In den Berechnungen führender Wirtschaftsinstitute widerspiegelten sich häufig nur die herrschenden Paradigmen, bei denen jeder Zugang zur eigentlichen Idee des Grundeinkommens fehle. Wenn die Grundannahmen falsch sind, können natürlich alle Rechnungen in sich stimmig sein und dennoch sagen sie nichts über die Wirklichkeit aus. So richtig das ist, so wenig taugt es doch als Argument dagegen, überhaupt Modellrechnungen anzustellen und Szenarios zu entwerfen. Wer bei einem der großen Wirtschaftsinstitute in Deutschland eine Berechnung in Auftrag gibt, kann schließlich bei der Formulierung der Grundannahmen, die er rechnerisch überprüft haben will, ein entscheidendes Wort mitsprechen.

Diese Vorüberlegungen deuten schon die Schwierigkeiten an, die bei der Besprechung der Finanzierungsfragen des Grundeinkommens auftreten. Interessanter Weise ist derzeit in unserer Gesellschaft der Konsens über die Forderung, *dass* ein bedingungsloses Grundeinkommen nötig sei, mit vielen Menschen leichter herstellbar als der Konsens darüber, *wie* es *finanziert* werden sollte. Hier scheiden sich dann vielfach wieder die Geister, auch schleichen sich viele Missverständnisse ein.

Notwendiges Verständnis von Wesen und Aktualität der Grundeinkommensidee

Richtig ist, dass ohne das Verständnis des Wesens der Sache sich alle Berechnungen erübrigen. Erst dieses Verständnis kann ihnen die Richtung geben, die sie aussagekräftig macht. Zur Idee des bedingungslosen Grundeinkommens und ihrer Aktualität wird in anderen Artikeln dieses Sammelbandes vieles gesagt. An dieser Stelle genügt eine stichwortartige Vergegenwärtigung: Wir brauchen das bedingungslose Grundeinkommen, weil im klassischen Erwerbsarbeitssektor nicht mehr die Arbeitsplätze entstehen werden, die für „Vollbeschäftigung“ nötig wären. Wir brauchen es, weil permanentes Wachstum der materiellen Produktion immer weiter in die ökologische Katastrophe führen muss. Wir brauchen das Grundeinkommen, weil ein immer größerer Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit Bildungsarbeit, Umweltarbeit, Gesundheitsarbeit, Kulturarbeit und so weiter ist und weil man gerade diese Arbeit nicht mehr auf die herkömmliche Art - durch Arbeitsbezahlung - mit dem Einkommen in der Höhe ausstatten kann, das sie erst im notwendigen Umfang möglich macht. Wir benötigen das Grundeinkommen, weil moderne Menschen den Freiraum brauchen, durch den sie Initiative ergreifen können. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird diese Initiativkräfte der Menschen anregen und etwas auslösen, was Arbeitszwang - wie ihn Hartz IV imple-

---

1 Dieser Artikel wurde für einen Ende 2006 bzw. Anfang 2007 erscheinenden Tagungsband “Karlsruher Symposium Grundeinkommen: bedingungslos“verfasst. Er beruht auf Ausführungen, die der Autor bei verschiedenen Gelegenheiten zum Thema gemacht hat, so am 23. Februar in einer Arbeitsgruppe beim dem Symposium des Instituts für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe und am 18. März bei einem Seminar im Stuttgarter Forum 3.

mentiert - niemals vermag. Wir brauchen das bedingungslose Grundeinkommen, weil nur mit ihm die durch Produktivitätsentwicklung freigesetzte Arbeitskapazität in die heute unterversorgten Aufgabenfelder gelenkt werden kann. Nur mit Hilfe des bedingungslosen Grundeinkommens werden die Menschen vermehrt die Muße finden, die zu einem sinnerfüllten Leben dazugehört, - den Raum, sich anderen zuzuwenden und sich selbstbestimmt entwickeln zu können. Zum Gelingen all dessen müssen keine vollkommenen Menschen vorausgesetzt werden, sondern entwicklungsfähige. Raum für Entwicklung schaffen, ist vielleicht die wichtigste Funktion des Grundeinkommens.

Ergänzungs- oder Sockellösung? Die Form der Auszahlung darf der Idee der Sache nicht widersprechen

Die Form und Inhalt dürfen sich nicht widersprechen. Das heißt zuerst einmal, dass die Auszahlung des Grundeinkommens nicht an Bedingungen gebunden sein darf, auch nicht an versteckte. Ob die implizit mit einer negativen Einkommenssteuer als Finanzierungsinstrument verbundene Bedürftigkeitsprüfung durch das Finanzamt schon als solche zu betrachten ist, wird von den Befürwortern des Grundeinkommens kontrovers diskutiert. Aus einer begründeten Skepsis heraus betrachten viele dieses - einst von Milton Friedman propagierte - Instrument jedenfalls nicht als „erste Wahl“. Die negative Einkommensteuer als Art der Auszahlung hat scheinbar den Vorteil, dass nur diejenigen zu finanzieren sind, die mit ihrem Einkommen unter der Transfergrenze liegen - und zwar voll nur jene, deren Erwerbseinkommen Null ist. Eine solche Ergänzungslösung scheint unaufwendiger, „pragmatischer“. als eine Sockellösung“, bei der jeder am Monatsersten seinen Grundeinkommensbetrag auf dem Konto hätte. Man malt sich dann in Gedanken aus, dass dies doch einen gewaltigen Aufwand an technischer Ausgestaltung und in der Abwicklung zur Folgen haben müsse und erschaudert angesichts der hohen Beträge und vermuteten Verwaltungskosten, die gesamtgesellschaftlich zu bewältigen wären.

Man vergisst dabei, dass eine Gesellschaft, die den Menschenrechten verpflichtet ist, immer alle Menschen mit Einkommen versehen muss. Das heißt, sie muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass unmittelbar marktfähige Leistungen überhaupt angeboten werden und im Leistungstausch zu Einkommen führen können. Zum anderen muss sie dafür sorgen, dass auch die ein Einkommen erhalten, die noch nicht, nicht mehr oder überhaupt nicht in der Lage sind, am Leistungsprozess teilzunehmen. Und schließlich müssen auch diejenigen mit Einkommen ausgestattet werden, deren Leistungen gesellschaftlich notwendig, jedoch nicht unmittelbar marktfähig sind. Die beiden letztgenannten Aufgaben können aber nur dann gelöst werden, wenn der „Leistungskuchen“ der Wertschöpfung entsprechend aufgeteilt wird.

Wo das Grundeinkommen in seiner Höhe gegenwärtig bereits erzieltes Einkommen ersetzt, ist die Sache am einfachsten. Für den Einzelnen, der bisher das Gleiche oder mehr verdient hat als das Grundeinkommen, ist das nur ein durchlaufender Posten. Für die Gesellschaft als Ganze entsteht zwar ein Organisationsproblem. Aber das Problem, den Betrag überhaupt erst aufzubringen, besteht in Wirklichkeit nicht. Denn dieses Einkommen ist jetzt schon da und ist durch marktfähige Güter und Leistungen gedeckt. Auch bei einer Sockellösung ist also im Grunde nur der „ergänzende Teil“ aufzubringen. Dabei sind die Einkommen derjenigen, die durch die Produktivitätsentwicklung „freigesetzt“ werden, ebenfalls gedeckt: derselbe Prozess, der zur Freisetzung von Arbeit und ihrer Entkoppelung vom Erwerb führt, verkleinert ja den Wertschöpfungskuchen keineswegs, teilweise vergrößert er ihn sogar noch erheblich. Zu behaupten, es sei kein Geld da, ist also ein Augenverschließen vor der Wirklichkeit. Eine „Sockellösung“ bietet im übrigen erhebliche Vorteile prinzipieller und pragmatischer Art. Sie macht die Gleichheit des Rechts auf Einkommen sichtbar und gibt jedem die gleiche Freiheit zur Initiative.

Dennoch werden viele weiter zweifeln. Manche werden in Abrede stellen, dass das Nationaleinkommen für all das ausreicht. Andere werden bestreiten, dass es möglich sei, die notwendigen Mittel einzutreiben, selbst wenn das Geld im Prinzip da sei. Selbst wer das so nicht für plausibel hält,

muss natürlich zugeben, dass man Einnahme-Instrumente hierfür benötigt. Solche Instrumente gibt es aber entweder bereits - Einkommensteuern, direkte oder indirekte Verbrauchssteuern - oder sie können - wie etwa eine Ressourcensteuer - neu geschaffen werden. Man muss sich dann nur für eine dieser Möglichkeiten oder für einen Mix einzelner Elemente daraus entscheiden.

Es ist genug für alle da!

Wieder andere halten ein Grundeinkommen zwar für möglich, aber nur auf niedrigem Niveau. „Grundsicherungsmodelle“, die durch niedrige Bemessung den Arbeitszwang durch die Hintertür einführen wollen - teilweise in schlimmerer Form als bisher - stehen jedoch in eklatantem Widerspruch zur Grundeinkommensidee. Nein, es geht um die Sicherung menschenwürdiger Existenzbedingungen - Götz Werner nennt sie das „Kulturminimum“. Das gesetzlich festgelegte (steuerfreie) Existenzminimum[2] von 7.664 Euro pro Jahr und Person ist also höchstens eine erste Richt- und Ausgangsgröße, die zu unterschreiten völlig indiskutabel wäre. - Bei 82 Millionen Deutschen kämen wir bei einem Grundeinkommen in dieser Höhe übrigens auf knapp 630 Milliarden Euro pro Jahr. Nehmen wir einmal - einen Vorschlag Götz Werners aufgreifend - an, die Höhe des Grundeinkommens verändere sich mit dem Lebensalter, und wir kämen auf einen Durchschnittsbetrag von 1.000 EUR monatlich pro Person. Für die Kinder gäbe es einen deutlich geringeren Betrag, für die Rentner einen etwas geringeren, so dass die Maximalhöhe durchaus während einer längeren Zeitperiode 1.200 EUR sein möge. Wir hätten dann ein Volumen von 12 mal 1.000,- EUR multipliziert mit der Bevölkerungszahl zu finanzieren: bei 82 Millionen Deutschen 984 Mrd. EUR im Jahr.[3] Um Vergleichszahlen im Bewusstsein zu haben: Die gesamten Sozialausgaben der BRD betrugen im Jahr 2004 724 Mrd. Euro., das sind ca. 34 % des Bruttonationaleinkommens in Höhe von 2.129 Mrd. Euro. Die gesamte Staatsquote, also der Teil des Bruttonationaleinkommens, der für Steuern und Sozialtransfers verwendet wird, lag im gleichen Jahr bei 47,5 %, das heißt bei etwas über 1.011 Mrd. EUR. Das ist heute bereits finanziert. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre insoweit also nur eine Umfinanzierung?! Sehen wir genauer hin:

Grundeinkommen ersetzt viele bisherige Transfers

Bis ins dritte Lebensjahrzehnt hinein ersetzt das Grundeinkommen das Kindergeld. Es ist Bafög-Ersatz und im Alter die Sockelrente. Wenn wir wollen, können wir einen - allerdings gesondert auszuweisenden - Grundeinkommensanteil, als zweckgebundene Solidarpauschale für einen Gesundheitsfonds verwenden. Aus ihm würden sich Krankenkassen und Versichertengemeinschaften finanzieren, welche wiederum - bei Versicherungspflicht - von den Bürgerinnen und Bürgern frei wählbar sein müssten. All diese Dinge sind auch heute bereits mehr oder weniger finanziert. Wenn wir das Gesundheitswesen miteinbeziehen, dann verlassen wir allerdings vermutlich größenordnungsmäßig bereits jenen Bereich, bei dem ein Grundeinkommen von 1.000 EUR noch als Kulturminimum zu betrachten ist. Die Gesundheitspauschale sollte also noch „oben drauf“ kommen. Selbst dann aber, wenn das erst einmal nicht erreichbar sein sollte, stünden viele Menschen dabei schon besser da als heute. Die aufwandsneutrale Umfinanzierung der heutigen Staatsquote: das wäre doch ein Anfang! - Aber, so hört man als Einwand, in der Staatsquote stecken doch alle staatlichen Leistungen, Militär, Polizei, Beamte usw. darin. Richtig. Aber was da darin steckt, sind ja letztlich auch Einkommen: der Beamten und Angestellten der öffentlichen Dienste, Politiker, Militärs usw. Und diese Einkommen, einschließlich der von Bund, Ländern und Kommunen zu leistenden Pensionszahlungen, würden sich um durchschnittlich 1000,- EUR pro Person und Jahr reduzieren.

---

2 Es handelt sich um den Grundfreibetrag, § 32a Abs. 1 Nr.1 EStG (Stand: 2005).

3 Bei einer Einstiegsgröße von durchschnittlich 835 EUR pro Person und Monat kämen wir auf ein Volumen von 840 Mrd. EUR pro Jahr.

Solidarwille ist die wichtigste Finanzierungsvoraussetzung

Man sieht also: Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist finanzierbar, wenn man es finanzieren will. Es handelt sich um eine Willens- und Konsensfrage. *Wollen* wir das Grundeinkommen, weil wir es für richtig halten? - Dann können wir im zweiten Schritt entscheiden, ob wir es in einer Höhe wollen, bei der eine Umverteilung/Umfinanzierung der bisherigen Transferleistungen ausreicht oder ob wir zusätzlich umverteilen wollen und müssen. Angesichts der immer größeren Einkommensspreizung in unserem Land und der zunehmenden Prekarisierung vieler Menschen gibt es gute Argumente für das letztere.[4] Klar ist zugleich, dass es noch großer Anstrengungen bedürfen wird, einen Konsens darüber herbeizuführen.

Schon die aufwandsneutrale Umfinanzierungslösung stellt zwar makroökonomisch ein Nullsummenspiel dar. Im Einzelfall wird es aber Menschen geben, die bei dieser Lösung besser gestellt werden - z.B. Rentner, die heute unter 700 EUR im Monat bekommen und nun, sagen wir, 900 EUR erhalten werden. Und diese Besserstellung der einen wird nur durch einen zusätzlichen Beitrag der bisher Bessergestellten möglich sein. Auch wenn ein solcher Beitrag vielen dieser bisher Bessergestellten nicht wirklich weh tun wird, wird man den Willen zum Sozialausgleich nicht einfach voraussetzen dürfen, sondern wecken müssen. Und auch hierfür ist eine lange und geduldige Arbeit nötig.

Der Wille zum bedingungslosen Grundeinkommen, das Bedürfnis nach einer sozial gerechten und die Initiative des einzelnen fördernden Gesellschaft ist also das A und O der Finanzierung. Das ist aber vor allem eine Bewusstseinsfrage und damit eine Kulturfrage.

Hinter ökonomischen Anschauungen stecken Anschauungen vom Menschen

Es ist vor allem die Frage nach der Anschauung des Menschen - wie sich überhaupt immer wieder herausstellt, dass die Positionen in scheinbar rein ökonomischen Debatten letztlich durch das Vertrauen oder Misstrauen in die Entwicklungs- und Verantwortungsfähigkeit des Menschen bestimmt sind. Wer die Menschen für unverbesserliche Egoisten hält, wird der Annahme zuneigen, dass nach Einführung des Grundeinkommens viel weniger Leute arbeiten werden, das Sozialprodukt also kleiner werden wird. Wer Vertrauen in die Kraft und Entwicklungsfähigkeit und –willigkeit des Menschen hat, wird hingegen erwarten, dass viele Menschen mehr und besser arbeiten werden, dass der Kuchen des Sozialprodukts sogar größer wird.

Man muss dabei nicht die Augen davor verschließen, dass der Mensch soziale *und* egoistische Züge trägt. Als Entwicklungswesen kann er jedoch - bei entsprechenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen - den Egoismus überwinden, wo er das Füreinander-Arbeiten behindert. Mag ja sein, sogar wahrscheinlich sein, dass erst einmal einige das Grundeinkommen ausnutzen werden, um *weniger* zu leisten. Andere werden es dafür es als Chance ergreifen, endlich etwas *Sinnvolles* zu leisten, was ihren Einsichtungen und Intentionen entspricht. Schon wenn sich dies bloß die Waage hielte, wäre nichts verloren und viel zu gewinnen. Denn man kann vermuten, dass bald das gute Beispiel sich bildender Initiativen viele zum Mittun animieren wird, so dass der „Kuchen“ schließlich doch größer wird. Auch wird der finanzielle Anreiz, ohne Abstriche am Grundeinkommen zu diesem Einkommenssockel hinzuverdienen zu können, auch für einstweilen weniger selbstlose Menschen ein starker Leistungsantrieb sein.

Und den Leistungswillen brauchen wir! Niemand leugnet ja, dass ein Grundeinkommen nur aus der geleisteten Wertschöpfung bezahlt werden kann. Daher muss jeder, der ein bedingungsloses Grund-

---

4 Vgl. Moritz Koch: Einkommen in Deutschland. Der große Graben. Süddeutsche Zeitung vom 17.7. 2006. Mit Hinweis auf unveröffentlichten Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird dort gesagt: „Reiche Deutsche verdienen immer mehr, der Rest ist von der Lohnentwicklung abgeschnitten: Die Einkommensunterschiede hierzulande sind so groß wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Auch die Zahl der Armen erreichte im Jahr 2005 einen Rekordwert.“

einkommen will, daran interessiert sein, nicht nur den Teilungswillen, sondern auch den Leistungswillen der Menschen anzuregen und zu fördern.

Die Globalisierungsfalle: Können wir unseren sozialen Willen überhaupt noch zur Geltung bringen?

Wir sehen also, dass es sich beim Grundeinkommen letztlich um eine Frage des Für-Richtig-Haltens und des Wollens handelt. Es bleibt aber immer noch zu untersuchen, wie dieser Wille im gesellschaftlichen Prozess zur Geltung gebracht werden kann. Eine Frage, die hier nur am Rande erwähnt werden kann, ist die der Möglichkeit direkter Demokratie: von Initiative, Begehren und Bürgerentscheid.[5] Ohne diese Einrichtungen fehlen uns gewissermaßen im sozialen Leben die „Gliedmaßen", mit der wir unseren Willen in rechtlich-politisch Wirksamkeit umsetzen können. Selbst wenn wir in Deutschland hier bereits weiter wären, bliebe jedoch eine zentrale Frage offen. Seit Jahren wird in der Öffentlichkeit von der „Globalisierungsfalle" gesprochen[6]: Es sei ein ökonomischer Sachzwang, dass wir uns in Zukunft nicht noch mehr Sozialtransfers leisten könnten, sondern im Gegenteil die Parole zu gelten habe: „Herunter mit den Sozialkosten!" Denn unsere Sozialkosten seien ein Wettbewerbsnachteil unserer Unternehmen und zwängen diese, die Arbeitsplätze in Länder mit geringer Steuern und Sozialkosten zu verlagern. Die Alternative dazu sei schlicht der Untergang der Unternehmen.

Was ist wahr und was ist falsch an diesem Argument? Ist es nur Unternehmerpropaganda, wie die einen sagen, oder eine bittere Wahrheit, vor der die Augen zu verschließen nicht zuletzt auch den Untergang der Gewerkschaften zur Folge haben muss? Solange alle Unternehmen in einem Land den gleichen Belastungen ausgesetzt sind, gibt es keinen Zwang zur Senkung der Sozialkosten gegen den Willen der Menschen. Die Ökonomie muss einfach nur hinnehmen, welchen Teil der Wertschöpfung die demokratische Rechtsgemeinschaft für den sozialen Ausgleich verwenden will.

Wir stellen uns die Falle durch die Art unserer Sozialfinanzierung selbst - Lohnzusatzkosten als Problem

In der Globalisierung entsteht aber nun eine neue Situation. Die Unternehmen sind auf ihrem heimischen Markt einer Konkurrenz aus Ländern ausgesetzt, die geringere Belastungen haben. Diese ist der Fall, weil dort Sozialsysteme höchstens in Ansätzen existieren und die Steuerlast, damit aber auch die Staatseinnahmen, gering sind. Produkte aus diesen Ländern können nun konkurrenzlos günstig auf dem Weltmarkt angeboten werden. Das veranlasst dann in der Tat viele Unternehmen, die Produktion aus dem Verbrauchsland in solche Länder zu verlagern. Verlagert wird wohlgemerkt die Produktion, nicht der Verbrauch, der vielmehr lokal bleibt: Der Verbraucher soll weiterhin am alten Ort bedient werden.

Umgekehrt müssen die Unternehmen, die „daheim" bleiben, ihre Belastungen durch die Sozialkosten im Heimatland in ihren Preisen an die Verbraucher der Länder weitergeben, in welche sie exportieren. Wie der Exportüberschuss bei uns zeigt, gelingt das in Deutschland auch vielen Unternehmen. Allerdings belasten wir dadurch andere Länder mit unseren Sozial- und Infrastrukturkosten. Und das bedeutet, dass gerade die ärmeren Länder dadurch dann noch weniger Spielraum zur Schaffung eigener Sozialsysteme und eigener Infrastruktur haben.

---

5 Diesen Gedanken führt im Hinblick auf den Zusammenhang von Grundeinkommen und direkter Demokratie unter anderem Thomas Mayer weiter aus. Vgl. sein Interview mit Enno Schmidt, zu finden unter den Video-Clips auf den Seiten von http://www. grundeinkommen.tv

6 Vgl. Hans-Peter Martin, Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek 1996

Diese ganze Misere hängt vor allem damit zusammen, dass wir die Sozialkosten bei der Arbeit und damit bei den Unternehmen erheben, - durch die berüchtigten Lohnzusatzkosten. Zwar mag dies dann noch aus propagandistischen Gründen übertrieben werden - so wird oft verschwiegen, dass Deutschland im globalen Durchschnitt besser dasteht, wenn man die Lohnstückkosten berücksichtigt. Dennoch handelt sich bei den Lohnzusatzkosten nicht um ein erfundenes, sondern um ein höchst reales Problem. Es lautet: Wir produzieren einen Sachzwang zum Sozialabbau, weil wir unsere Sozialkosten nicht wettbewerbsneutral erheben. Diese werden vielmehr zum Wettbewerbsnachteil der Unternehmen, die damit immer mehr Arbeitsplätze in Ausland verlagern beziehungsweise ihren Sitz dorthin verlegen.[7]

Grundeinkommen wettbewerbsneutral finanzieren

Könnte man das gleich Geld nicht auch wettbewerbsunschädlich („wettbewerbsneutral“) einsammeln? Man könnte: Dazu muss man nur die Unternehmen von den Lohnzusatzkosten entlasten. Woher kommt dann das Geld für Sozialsysteme und für das Grundeinkommen als deren Sockel? Unternehmen müssen Preise auf der Grundlage ihrer Kosten kalkulieren. Also auch der Lohnzusatzkosten! Diese hat immer schon über den Preis der Endverbraucher bezahlt, er hat es nur nicht gemerkt. Auch deshalb nicht bemerkt, weil aus Unverständnis oder absichtsvoll der ganze Vorgang von ideologischen Nebelschwaden verhüllt wurde.

Das heißt aber doch: Wenn der Endverbraucher weiterhin zahlt, was er sowieso zahlt, ändert sich für ihn - nichts.[8] Der Anteil, den die Sozialkosten im Preis heute einnehmen, wird nur endlich sichtbar gemacht. Wenn das zur Finanzierung beitragen soll, gibt es eine Voraussetzung. Die Unternehmen sind von Kosten entlastet worden. Das gibt Spielraum für Preissenkungen. Die mehrwertsteuerartig zu erhebenden Sozialabgaben können auf den gesenkten Preis aufgesetzt werden, ohne dass sich für den Verbraucher etwas ändern muss.

Da der Sozialausgleich sich in der Wirkungsweise und Durchführung nicht von der Mehrwertsteuer - die auf den Endverbrauch weitergewälzt wird - unterscheidet, kann man ihn zur Not auch durch diese ersetzen. Es hat dies allerdings Nachteile, die bedacht werden müssen.[9] Gleichgültig jedoch, ob man für den Sozialausgleich die Mehrwertsteuer einsetzt oder nur den Mechanismus der Mehrwertsteuer für einen gesonderten Sozialausgleich verwendet: Man entrinnt auf diese Weise der Globalisierungsfalle. Die Handlungsfähigkeit der Rechtsgemeinschaft wird wieder hergestellt. Es entsteht wieder Gestaltungsspielraum. Wenn wir wollen, entsteht so der Raum dafür, jedem ein bedingungsloses Grundeinkommen zuzubilligen.

Ohne Sozialpakt wird es nicht gehen

Dass Unternehmen Preise auf Grundlage der *Kosten* kalkulieren müssen, muss jedem plausibel sein, der nicht die Augen vor der Wirklichkeit verschließen will. Dass Unternehmen jedoch ebenfalls alle *Entlastungen* getreulich weiterreichen, das zu bezweifeln, dafür gibt es schon Gründe. Zum Beispiel denjenigen, dass in vielen Unternehmen die Anteilseigner darauf drängen werden, den Spielraum in ihrem Sinne und nicht in dem der Allgemeinheit zu nutzen. Die Umstellung aller Sozialtransferfinanzierung von Lohnzusatzkosten auf einen mehrwertsteuerartigen Sozialausgleich oder eine entsprechende Erweiterung der Mehrwertsteuer selbst ist ein tiefer Einschnitt. Dass solche Ein-

---

7 Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl, Christoph Strawe: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Ein Weg zur Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter den Bedingungen der Globalisierung, http//www.sozialimpulse.de/lhnnk.htm. Erstveröffentlichung in: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/1999.

8 Verzerrungen können sich nur bei den Exporten und Importen ergeben. Wie diese vermieden werden können, wird an anderer Stelle dieses Aufsatzes gezeigt.

9 Der Sozialausgleich ist streng zweckgebunden, bei der Mehrwertsteuer müsste man Angst vor Zweckentfremdung haben. Der Einsatz der Mehrwertsteuer zur allgemeinen Sanierung der Staatsfinanzen durch die große Koalition, ohne Rücksicht auf Preisstabilität und Kaufkraft, hat diese Steuerart leider bei vielen Menschen diskreditiert.

schnitte genutzt werden, um im Trüben zu fischen, haben wir bei der Euro-Umstellung erlebt. Gewiss: manches korrigiert der Markt. Aber eben nicht alles. Ohne einen Sozialpakt, in den die Unternehmen, die Gewerkschaften und andere relevante Gruppen eingebunden sind, kann die Umstellung nicht funktionieren, wie sie soll.[10]

Wir haben dies bereits 1999 herausgearbeitet, als wir nur beispielhaft die mögliche Umfinanzierung der Arbeitslosenversicherung durchgerechnet haben. Umso mehr gilt der Grundgedanke, wenn es um eine größere Umgestaltung geht, als die damals betrachtete. „Die positiven Effekte der Umfinanzierung können nur eintreten, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte (Gewerkschaften, Arbeitgeber, Staat) in einer gemeinsamen Aktion diese Vorteile auch realisieren und nicht versuchen, ihre Verteilungsposition auf Kosten anderer gegen den Sinn der Reform zu verbessern. Es ist eine konzertierte Aktion [...] erforderlich, die den gesellschaftlichen Konsens über folgende Punkte sicherstellt: Die Unternehmen müssen die Entlastung über die Inlandspreise weitergeben. Die Leistungsempfänger dürfen die Senkung der Beiträge nicht als Spielraum für Ausweitung der Leistungen verstehen. Ebenso wenig dürften die Sozialpolitiker und die Vertreter der Sozialversicherungsinstitutionen die Senkung der Beiträge als Spielraum für eine Ausweitung der Leistungen bzw. ihrer Institutionen ansehen. Sollten sich durch den Sozialausgleich Überschüsse ergeben, sollen diese zu entsprechender Senkung anderer Bereiche der Sozialversicherung bzw. für die Korrektur von sich zeigenden negativen Strukturwirkungen verwendet werden. Die abhängig Beschäftigten dürfen die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge nicht als Erhöhung der Nettolöhne sehen oder vereinnahmen. Sollte eine Erhöhung der Nettolöhne aus rechtlichen oder psychologischen Gründen nicht zu vermeiden sein, muss eine Übereinstimmung mit den Gewerkschaften erzielt werden, dass eine entsprechend niedrigere Steigerung der Bruttolöhne in der nächsten Lohnrunde erfolgt.“[11]

Ein Sozialpakt dieser Art wäre ein erster Schritt in Richtung einer Gestaltung der Ökonomie durch assoziative Verständigungsprozesse und Organe. Sinn des Grundeinkommens ist nicht, dafür zu sorgen, dass alles andere weiterlaufen kann wie bisher, sondern es soll ein Schritt auf dem Weg umfassenderer gesellschaftlicher Erneuerung sein.[12]

Törichte Einwände und nötige Dialoge

Die Vorschläge zur mehrwertsteuerartigenartigen Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens erfahren gegenwärtig eine noch stärkere Gegnerschaft als die Forderung nach dem Grundeinkommen selbst. So schreibt z.B. Daniel Kreutz: „Eine solche Vision, die zur finalen Entlastung der Arbeitgeber die Finanzierung des gesamten Staatsaufwands einschließlich einer dauerhaften und allgemeinen Lohnsubventionierung vor allem den BezieherInnen unterer und mittlerer Einkommen aufhalsen will, würde normalerweise von allem, was sozialpolitisch fortschrittlich sein will, mit Abscheu zurückgewiesen.“[13] Dabei kann doch von Lohnsubventionierung allenfalls im Non-Profit-Bereich die Rede sein, in der gewerblichen Wirtschaft muss die Entlastung der Unternehmen im Preis weitergegeben werden, wenn die Vorschläge überhaupt Sinn machen sollen. Und die „Entlastung“ bei der Unternehmensbesteuerung kann sich der Sache nach nur auf solche „Belastungen“ beziehen kann, die heute schon - nur in intransparenter Weise - auf die kleinen Leute wei-

---

10 Flankierend können auch gesetzliche Regelungen gegen Missbräuche getroffen werden. Dabei kann man aus den Erfahrungen der Euro-Umstellung lernen. So ist an eine Pflicht zur doppelten Auszeichnung der Preise zu denken bzw. die Unternehmen werden von der Zahlung von Lohnnebenkosten bzw. Steuern erst endgültig befreit, wenn sie die erfolgte Preissenkung nachgewiesen haben. (Vgl. C. Strawe: Argumente für ein mehrwertsteuerartig finanziertes Bürgergrundgeld. Zur Entideologisierung der Debatte um Steuern und Sozialsysteme. In: Sozialimpulse. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Heft 3/2005.)

11 Herrmannstorfer, Spehl, Strawe: Umfinanzierung, a.a.O. und http//www.sozialimpulse.de/lhnnk.htm#FAQ

12 Mehr dazu habe ich in meinem Aufsatz „Grundeinkommen und soziale Dreigliederung“ gesagt (Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/2005).

13 Daniel Kreutz: Kritik des Mythos „bedingungsloses Grundeinkommen“. In DBSH-Report, Forum SOZIAL 3/2006. Ebenso http//www.linksnet.de/artikel.php?id=2043

tergewälzt werden. Es handelt sich also allenfalls um eine Entlastung von Bürokratie und Intransparenz.

Es gibt aber auch kritische Ansätze, mit denen sich der Dialog lohnt. Der Ökonom Franz Groll z.B. kommt in seinem Buch „Wie das Kapital die Wirtschaft ruiniert. Der Weg zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft“ (München 2004) zu einer „eher negativen Einschätzung der Mehrwertsteuer. Die von ihm vorgeschlagene Ressourcensteuer ist aber interessanter Weise - anders als bei den bekannten Ökosteueransätzen - wettbewerbsneutral ausgestaltet: Ihre Einführung kann steueraufkommensneutral erfolgen; sie wird am Ort der „Förderung, der Erzeugung oder der Einfuhr der Ressource zusammen mit der Mehrwertsteuer einmal erhoben“, danach ist sie Preisbestandteil. Wie bei der Mehrwertsteuer erfolgt ein Grenzausgleich.[14] Systematisch gäbe es eine Brücke zum Konsumsteueransatz, insofern die Ausnutzung der Ressourcen in besonders eklatanter Form den Charakter der Entnahme und Aufzehrung hat, so dass diese Steuer als eine spezifische Konsumsteuer verstanden werden könnte.[15]

Auf der Suche nach Einstiegsszenarien in die große Umgestaltung

Zurück zur Frage, ob sich das alles auch rechnen lasse. Die Antwort lautet: ja, selbstverständlich. Wir haben, wie gesagt, bereits 1999 vorgerechnet, wie die Umfinanzierung der auch damals schon nicht unproblematischen, aber doch noch nicht durch Hartz IV ruinierten Arbeitslosenversicherung zu bewerkstelligen wäre. Diese Berechnung war und ist nur ein Beispiel für die Umfinanzierung sämtlicher Lohnzusatzkosten. Natürlich kann man nicht über Nacht alle Lohnnebenkosten umfinanzieren, ohne die Konsensfähigkeit der Gesellschaft zu überfordern. D. h. wir brauchen Einstiegsszenarien, wie Schritt für Schritt die bisherige Finanzierungsform zurückgefahren und die neue Finanzierungsform dafür Platz greift. - Es dürfen weder zu große noch zu kleine Schritte sein.

Götz Werner[16] und Benediktus Hardorp[17] schlagen bekanntlich die Umgestaltung nicht nur der Sozialabgaben, sondern des gesamten Steuersystems im Sinne einer Verbrauchsbesteuerung vor. Dabei haben sie ein Szenario im Auge, bei dem die bisherigen einkommensorientierten Steuern Schritt für Schritt gesenkt werden sollen und die verbrauchsorientierte Besteuerung (Mehrwertsteuer) Schritt für Schritt angehoben werden soll. Hierfür lassen sich zunächst alle Argumente vorbringen, die wir bereits angeführt haben: Nicht nur für die Sozialsysteme, sondern für die gesamte Finanzierung des Gemeinwesens ist dies der einzige Ausweg aus der Globalisierungsfalle. Selbst wer bestreiten wollte, dass die Konsumbesteuerung eine die Initiative der Menschen fördernde Wirkung hat, müsste sich doch zumindest pragmatisch davon überzeugen, dass “wir die Besteuerung an einem Faktor ansetzen müssen, der unter Globalisierungsbedingungen nicht wegläuft“. So hat es sinngemäß Prof. Georg Vobruba bei einem Podiumsgespräch in der Universität Frankfurt/Main ausgedrückt, an dem neben Prof. Götz Werner auch Prof. Philippe van Parijs und Prof. Ulrich Oevermann teilnahmen (Moderation Axel Jansen).[18] Anders gesagt: Die Produktion kann sich entziehen, der Verbrauch

---

14 Groll, a.a.O., S. S. 246 ff.

15 An dieser Frage wäre weiter zu arbeiten, unter Berücksichtigung auch von Argumenten, die B. Hardorp und O. Schily gegen eine Ökosteuer und für einen Ökozins vorgebracht haben (vgl. Schily: Flora, Fauna und Finanzen. Über die Wechselbeziehung von Natur und Geld, Hamburg 1994). Einzubeziehen wäre der Versuch, einen spezifischen Geldreformansatz mit wettbewerbsneutralen Steuern und Sozialabgaben zu kombinieren, den Uwe Todt in seiner Schrift „Erfolgreich Wirtschaften durch Gegenseitigkeit“ (Niebüll 2001) macht. Vgl. die an späterer Stelle in diesem Aufsatz entwickelten Argumente zu „Inanspruchnahme“ und „Nutzungsausgleich“ sowie: C. Strawe, Argumente für ein mehrwertsteuerartig finanziertes Bürgergrundgeld, A.a.O.

16 In Interviews mit der „Stuttgarter Zeitung“, der „Süddeutschen Zeitung“, dem Stern und anderen großen Blättern, in zahlreichen Talkshows, auf seinen Seiten http://www.unternimm-die-zukunft.de und http://www.iep.uni-karlsruhe.de/grundeinkommen sowie in einer Vielzahl großer Veranstaltungen. Life-Mitschnitte einer Reihe dieser Veranstaltungen findet man auf http://www.grundeinkommen.tv

17 Vgl. beispielsweise: Leistungsbeitrag oder Leistungsentnahme: Was ist zu besteuern? Zur Kardinalfrage unseres Steuerwesens. In: Bausteine - Zeitschrift für theoretische Ökonomie und soziale Frage, Heft 1/1988, S. 61f. // Anthroposophie und Steuerreform. In: Die Drei, Heft 9/1988 // Konsumsteuer und Gesellschaft. In: M. Rose (Hg.): Konsumorientierte Neuordnung des Steuersystems. Berlin/Heidelberg 1991 // Steuern reformieren heißt neu teilen lernen. Ein Interview mit B. Hardorp, a tempo, 9/2003.

18 Einen Mitschnitt des Gesprächs findet man auf http://www.grundeinkommen.tv

bleibt lokal. Und mehr noch: Die Tendenz zur Produktionsverlagerung wird abgeschwächt, wenn das Motiv entfällt, sich dadurch wettbewerbsverzerrenden Finanzierungsbelastungen zu entziehen. Wobei man im übrigen sehen muss, dass diese Verlagerung nicht nur durch den Wechsel des Firmenstandorts vollzieht, sondern auch dadurch, dass an anderen Standorten eingekauft wird, womit z.B. Zulieferer im Inland zum Arbeitsplatzabbau oder gar zur Schließung gezwungen werden.[19]

Ausgestaltungsmöglichkeiten der Mehrwertsteuer

Das gängige Argument, die Mehrwertsteuer zahle der kleine Mann und sie sei deshalb unsozial, wird durch die beständige Wiederholung nicht wahrer: Der Endverbraucher zahlt sowieso alles. Ein anderes Argument ist ernster zu nehmen: Dass Geringverdiener einen *größeren* Teil ihres Einkommens für den Verbrauch ausgeben (müssen), kein Geld zum Anlegen haben und deshalb von Konsumsteuern mehr getroffen werden als Menschen, bei denen das umgekehrt ist. Dass als seriös geltende Wirtschaftsforschungsinstitute diesen behaupteten Effekt in Zweifel ziehen, sei nur angemerkt. Doch selbst wenn er einträte, gibt es ja die Möglichkeit einer sozialen Staffelung der Mehrwertsteuer- oder Sozialausgleichssätze. Schon jetzt gibt es verschiedene Mehrwertsteuersätze, bei denen eine soziale Komponente sichtbar ist (bei Mieten ist die Mehrwertsteuer im nichtgewerblichen Bereich durchgängig Null, Lebensmittel und Bücher, wo sie 7% beträgt, werden verbilligt). Diese Staffelung ist zwar nicht wirklich konsequent ausgestaltet, man könnte das aber tun.[20]

Solange wir eine Koexistenz von Einkommens- und Ausgabensteuern haben, kann man im übrigen solche Effekte, sollten sie denn wirklich auftreten, durch höhere Freibeträge bei der Einkommenssteuer kompensieren.[21] Für die Mehrwertsteuer spricht vor allem auch, dass die Besteuerung am Ende der Wertschöpfungskette alle Wertschöpfungselemente, auch die Wertschöpfungsbeiträge der Maschinen, mit einbezieht und damit die bisher gegebene Benachteiligung der Arbeit konterkariert, die ja nicht nur durch die Lohnzusatzkosten, sondern auch durch die Lohnsteuer entsteht.

Auch weitere von Benediktus Hardorp, Götz Werner und anderen vorgebrachte Argumente sind zutreffend: Wer reich ist, konsumiert auch viel und wird dadurch mit der Konsumsteuer auch stärker zur Kasse gebeten, sogar im Sinne von Progression, wenn wir im Rahmen einer Staffelung „Luxusgüter“ stärker belasten. Dagegen steht die Progressionswirkung der Einkommenssteuer um so mehr nur auf dem Papier, je höher das Einkommen ist: Die Reichen rechnen sich arm und die Steuerberater verdienen daran, - ein Zustand, an dem die Politik seit Jahrzehnten lustlos herumdoktert und der nur gelegentlich durch kabarettistische Darbietungen über Steuererklärungen auf Bierdeckeln aufgelockert wird, worauf dann die jeweils neueste Steuerreform alles noch komplizierter macht.

---

19 „Durch diese Umfinanzierung sind positive Beschäftigungseffekte zu erwarten. Sie ergeben sich [...] auch aus einer Tendenz zur Substitution von Kapital- durch Arbeitseinsatz.“ Dies wird an dieser Stelle durch einen Vergleich zwischen den Wirkungen der mehrwertsteuerartigen Belastung zwischen arbeits- und kapitalintensiven Produkten im Schaubild verdeutlicht. (Herrmannstorfer, Spehl, Strawe, a.a.O.)
Wir reden damit nicht der Erhaltung aller Arbeitsplätze im Inland das Wort. Was anderswo besser und günstiger gemacht werden kann und was dort auch neue Lebenschancen schafft, das darf auch anderswo gemacht werden. Das Grundeinkommen ermöglicht ja gerade, dafür jene Tätigkeiten anzugehen, die uns niemand abnehmen und die gegenwärtig nicht mit Einkommen ausgestattet werden können. Dasjenige, worum es geht, ist die forcierte Arbeitsplatzverlagerung allein durch Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen.

20 Wenn man es tun will, muss man sich allerdings kritisch mit den Mehrwertsteuerharmonisierungsbestrebungen in der EU auseinandersetzen. Es sind dies Entwicklungen, welche die sozialen Gestaltungsspielräume weiter einschränken, statt sie auszuweiten.

21 Wenn man will kann man ihn so hoch ansetzen, dass jene Einkommensgruppen, die nahezu alles für den Konsum ausgeben, vollständig von der Einkommenssteuer entlastet werden.

Es ist sachgemäß, Inanspruchnahme zu besteuern und nicht Leistungsbeiträge - aber was ist mit „leistungslosen Einkommen“, die nicht Grundeinkommen sind?

Dennoch gibt es eine Stelle, an der mit Recht von den Menschen in der Orientierung auf die Mehrwertsteuer ein Gerechtigkeitslücke erlebt wird. Kann es wirklich richtig sein, leistungslose Einkommen - zum Beispiel aus Geldvermögen, Immobilien- und Aktienbesitz - Einkommen gleichzusetzen, die entstehen, weil etwas geleistet wurde?

Götz Werner weist zu Recht darauf hin, dass wir nicht vom Geld leben, sondern von realen Gütern. In einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 2. Juli 2006 benutzte er das Beispiel der DDR, wo es Geldvermögen gegeben habe, für das man sich nichts habe kaufen können. Das Argument gilt jedoch nicht so ohne weiteres für eine Situation der Vollversorgung, wie wir sie heute haben. Der Geldbesitzer sitzt nicht auf seinem Geld, sondern passt den für ihn günstigsten Zeitpunkt ab, es einzusetzen. Er verfügt über den berühmten „Liquiditätsvorteil“ des Geldes, der höchst real sein kann, wenn auch das Geld selber nur eine virtuelle Existenz fristet.

Natürlich ist es richtig, dass der Geldbesitzer irgendwann konsumieren muss und dass alles Geld, was zirkuliert, letzten Endes in den Konsum geht: Entweder gibt der Geldbesitzer sein Geld gleich aus: Konsum. - Oder er legt es an, dann gibt der Darlehensnehmer oder die Firma, die sich über eine Aktienemission finanziert hat, das Geld aus: Konsum. - Oder er verschenkt es. Dann gibt es der Beschenkte aus: Konsum. Wenn er es nicht anlegt oder weiterverschenkt, wird er es irgendwann später selbst ausgeben oder es vererben. Dann gibt es der Erbe aus. Das alles stimmt zwar, aber es wird dabei abstrahiert von dem Zeitfaktor, der den realen Liquiditätsvorteil des Geldes ausmacht. Langfristig gibt es nichts, was nicht Konsum würde, aber - wie Keynes sagt - langfristig sind wir alle tot.

Und vor allem: Sind denn tatsächlich alle Geldanlagen Realinvestitionen? Dann könnte man sagen: wer in einer arbeitsteiligen Wirtschaft etwas real investiert, der schafft einen Nutzen für andere. Denn er muss etwas unternehmen, woran andere Bedarf haben, sonst würde sich seine Investition niemals rechnen. Wenn er viel Gewinn macht, investiert er in etwas, was neuen Nutzen stiftet, oder er wird zum Stifter und schenkt, was der Kultur und sozialen Anliegen zu Gute kommt.

Jedoch: Wir nennen „Investition“ heute auch, wenn wir ein Grundstück kaufen, mit dem einzigen Zweck zuzuwarten, bis sein Wert soweit gestiegen ist, dass es gewinnbringend weiterveräußert werden kann. Dem Gewinn steht hier keine Leistung gegenüber, hingegen ermöglicht die Verwarenförmigung des Bodens den Bodeneigentümern, einen Teil der Leistung anderer für sich in Anspruch zu nehmen. - Ein Unternehmen finanziert sich bei der Emission der Aktien und investiert dieses Geld real - sofern es nicht sogar einen Teil in neue Aktien umsetzt. Wer die Aktie dann an der Börse vom Erstbesitzer kauft, investiert nicht real, sondern spekuliert. Das Unternehmen muss ihm nicht nur die Dividende erwirtschaften, es muss auch Gewinne einfahren, die nicht realwirtschaftlich begründet sind, sondern den Aktienkurs hochhalten sollen, damit das Unternehmen nicht von anderen Spekulanten aufgekauft wird.

So kommt es zum Widerspruch zwischen zweistelligen Gewinnprognosen und gleichzeitiger Arbeitsplatzvernichtung, um jene Gewinne zum Wohle der Aktionäre durch Kostensenkung erzielen zu können. Während ein Kredit über den Kreditnehmer in der Zirkulationssphäre wirtschaftlicher Güter verbleibt, finanzieren Aktien Unternehmen nur bei der Emission, ansonsten sind sie diesem Umlauf - und damit auch der normalen Konsumbesteuerung - entzogen. Langfristig wird alles Konsum, aber kurzfristig und mittelfristig fehlt der auf diese Weise investierte Gewinn als Kredit oder als Schenkung - Wirtschaft, Kultur und Staat erleiden realen Mangel.

Schreckt das Grundeinkommen „Heuschrecken“? - Die Geld- und Bodenfrage nicht ausblenden, aber auch nicht gegen das Grundeinkommen ausspielen

Gewiss hat Götz Werner Recht, wenn er darauf hinweist, dass die „Heuschrecken“ mit jenem Geld spekulieren, dass durchaus kleine Leute aus Angst vor Einkommensverlust im Alter z.B. einem Pensions- oder Immobilienfonds anvertraut haben.[22] Das Sicherheitsgefühl, dass durch ein bedingungsloses Grundeinkommen entstehen würde, so Werner, werde zu einem anderen Umgang mit Geld und damit dazu führen, dass solche Anlageformen tendenziell austrocknen. Das heißt, dass sich das vagabundierende Kapital, das heute selbst Investmentberatern Sorgen bereitet, sich vermindern würde.[23] Die Sorgen sind begründet, denn die Finanzmärkte sind zwar eine Art virtuelles Casino, aber leider wird der reale Reichtum der Nationen in ihm verwettet. Dass die Blase nicht platzt, hängt daran, dass immer neue Anlageformen geschaffen werden, die Gewinn versprechen, - denn würde all das vagabundierende Geld sich als reale Kaufkraft manifestieren, hätten wir nicht einen warmen Regen an Konsumsteuereinnahmen, sondern den globalen Crash.

Das Grundeinkommen selbst ist also durchaus ein Mittel gegen die genannten Übel! Und mit der Reduktion des Überangebots an vagabundierendem Geld wird sich auch die Möglichkeit vergrößern, zu einer „organischen Geldordnung“ und einem sozialen und zugleich freiheitlichen Bodenrecht zu kommen. Es wäre daher dogmatisch, die Notwendigkeit einer Reform der Geld- und Bodenordnung gegen die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen auszuspielen. Dennoch dürfen bei der Finanzierung des Grundeinkommens die angesprochenen Fragen einer Differenzierung zwischen Kauf, Realinvestition und Schenkung einerseits und spekulativen Finanzkreisläufen andererseits nicht ausgeblendet werden.

„Gewinn“ und „Gewinn“ sind nicht dasselbe

Ein ganz wesentliches Argument für die Konsumbesteuerung ist, dass sie diejenige Form der Besteuerung ist, die den Wertschöpfungsprozess am wenigsten stört und außerdem noch das höchste Maß an Transparenz bietet. Dieses Argument gilt aber dann nicht, wenn Gewinne nicht real investiert, sondern *einbehalten* oder *ausgeschüttet* werden. Dann gibt auch keinen Grund, mit der Besteuerung zu warten und nicht gerade im Moment der Ausschüttung oder Einbehaltung anzusetzen. Dass *irgendwann* auch aus dem ausgeschütteten oder einbehaltenen Gewinn Konsum wird, füllt hier und jetzt nicht die Kassen, aus denen wir unter anderem ein Grundeinkommen finanzieren wollten, sondern es füllt sie - *irgendwann*. Darauf zu warten ist an dieser Stelle kontraproduktiv.

Ich plädiere also wie Götz Werner und Benediktus Hardorp gegen die Besteuerung von Gewinnen, allerdings mit der Ausnahme einbehaltener oder ausgeschütteter Gewinne. Deren Besteuerung „an der Quelle“ ist weder initiativfeindlich noch wertschöpfungshemmend, sondern im Gegenteil sinnvoll. Ich plädiere ferner dafür, bei der gemeinsam gewollten schrittweisen Senkung von Einkommens- und Unternehmenssteuern und der schrittweisen Erhöhung der Verbrauchssteuern genauer hinzuschauen. Wir haben nämlich heute Einkommensformen, die durchaus nicht dem Idealbild der Einkommensentstehung aus dem Leistungstausch in einer Fremdversorgungswirtschaft entsprechen, sondern vielmehr aus nicht überwundenen Einrichtungen herrühren, welche die arbeitsteilige Wirtschaft als einen Steinbruch der Selbstversorgung missbrauchen und damit ihr Wesen verzerren und entstellen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle genügt: wir brauchen nicht noch zusätzliche bedingungslose, d.h. nicht an Leistungstausch gebundene Einkommen, wie sie aus Kapitalerträgen, Bodeneigentum und so weiter entstehen.

---

22 Zum Beispiel bei der schon erwähnten Podiumsdiskussion an der Universität Frankfurt am Main.

23 Jakob von Uexküll, der Stifter des Alternativen Nobelpreises, weist in einem Interview mit Enno Schmidt auf diese Tatsache hin: viele Investmentberater seien der Auffassung, es gebe ein Problem des Geldüberschusses für die Weltökonomie. (Der Mitschnitt des Interviews ist zu finden auf http://www.grundeinkommen.tv

Nutzung (Inanspruchnahme) und Nutzungsausgleich

Das ist auch ganz im Sinne eines systematisch verstandenen Ausgabensteuerbegriffs gedacht. Es ist in diesem Zusammenhang interessant zu sehen, wie Rudolf Steiner, auf den viele Anregungen zurückgehen, die in sozialen Bewegungen wie der für ein bedingungsloses Grundeinkommen von einzelnen Akteuren aufgegriffen werden, zu seiner Zeit einen solchen Ausgabensteuerbegriff zu entwerfen versucht, der gegenüber den heute finanzwissenschaftlich diskutierten Ausgaben- und Konsumsteuerkonzepten entschieden weiter gedacht ist und an den Hardorp und Werner anzuschließen versuchen. Steiners Grundgedanke: Nicht da ist eine Kompensation an die Gemeinschaft erforderlich ist, wo jemand etwas leistet, sondern da, wo er etwas in Anspruch nimmt. *Konsumieren heißt ja, Güter und Leistungen für sich in Anspruch zu nehmen.* Ausdrücklich fasst er deshalb Geldanlagen als „Ausgaben" im Sinne von realen Inanspruchnahmen auf.[24]

Es ist der Gedanke des *Nutzungsausgleichs:* wenn ich konsumiere, zahle ich *Konsumsteuer*, wenn ich Boden nutze, zahle ich eine Kompensation dafür, dass ich damit andere von der Nutzung desselben knappen Bodens ausschließe (*Bodennutzungsausgleich*). Wenn ich Geld anlege, müsste ich in aller Regel eine *Demurrage-Gebühr* zahlen, die der Allgemeinheit zufließt, statt Zinsansprüche zu haben; Zinseszinseffekte sind auszuschließen und so weiter.[25] Das würde die Sozialität von einer immer größeren, durch Umverteilungseffekte verursachten Reichtumskonzentration bei wenigen bewahren. Die Ökonomie würde vom Wachstumszwang und damit die Natur von einer aus strukturellen Gründen ihr gegenüber rücksichtslosen Ökonomie befreit. Und wenn ich die Natur belaste und sie in Anspruch nehme, könnte eine Ökozins oder eine spezielle *Ressourcensteuer* die *Kompensation* sein.[26] In all diesen Fällen gilt das, was wir bereits im Zusammenhang mit den einbehaltenen oder ausgeschütteten Gewinnen gesagt haben: Es spricht nichts gegen den sofortigen Zugriff zum Wohl der Allgemeinheit. - Zur Eindämmung aller genannten Schäden leistet, wie gesagt, bereits das Grundeinkommen als solches seinen Beitrag. Beispielsweise würde das Argument entfallen, Umweltschädliches wegen der Arbeitsplatzsicherung aufrechterhalten zu müssen. Das Grundeinkommen verlangt zugleich aus seinem eigenen Wesen heraus, diese anderen Fragen mit in den Blick zu nehmen.

Einige solcher Elemente, die Leistungsentnahmen auch über die Mehrwertsteuer hinaus belasten, gibt es heute bereits, nur ohne systematischen Zusammenhang. Zu nennen sind die Versicherungssteuer, die Grunderwerbssteuer, in einigen Ländern eine Börsenspekulationssteuer. Auch die Forderung nach einer Umsatzsteuer auf Devisenhandel (Tobin Tax) könnte vor diesem Hintergrund diskutiert werden. Schließlich trifft das Gesagte auch für die Erbschaftssteuer in gewissem Sinne zu. Allerdings sollte hier differenziert werden: Handelt es sich im Grunde um eine Übertragung der Unternehmensleitung, die nicht belastet werden sollte? Oder um eine Schenkung an die Kultursphäre, bei der es sachgemäß ist, erst bei der Verwendung durch die Beschenkten - also im Konsumfall – zuzugreifen?

---

24 Vgl. Roman Boos (Hrsg.): R. Steiner, Sozialwissenschaftliche Texte. Studienmaterial zur Sozialwissenschaft. Freiburg i.Br., o.J.; R. Steiner: Soziale Zukunft. Sechs Vorträge mit Fragenbeantwortungen gehalten in Zürich vom 24. bis 30. Oktober 1919, 2. Vortrag.

25 Dass man Geld nicht essen kann, hat unter anderem die unangenehme Folge, dass dieser Gegenstand wirtschaftlichen Interesses keinen abnehmenden Grenznutzen hat. Oder wie der Schwabe sagt: „Mer ko net gnuag hoimbrenga". Damit Geld kein karzinomhaftes Eigenleben entfalten kann, muss es deshalb gebändigt, sein Grenznutzen künstlich begrenzt werden. So wird es wieder zum Stellvertreterwert für die realen Dinge, wird es zum „reinen" Kommunikationsinstrument der in der modernen Ökonomie füreinander tätigen Menschen.

26 Vgl. Anmerkung 14.

Noch einmal die Frage nach der Gefahr der Preissteigerungen - Exporte und Importe

Der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Daher muss auf möglicherweise bisher unterschätzte Details in der Finanzierungsfrage eingegangen werden. Der Gesundheitsökonom Rainer Burkhardt bringt das Gespräch auf diese Details[27], die mit dem Verhältnis von Importen und Exporten zusammenhängen.

Bereits 1999 haben bei unseren Vorschlägen zur Umfinanzierung der Lohnnebenkosten darauf hingewiesen, dass die Umfinanzierung von Sozialbeiträgen „entgegen den Plausibilitätsüberlegungen mit einer leichten Erhöhung des Preisniveaus verbunden sein“ kann, die jedoch im damals betrachteten Fall einer Umfinanzierung der Arbeitslosenversicherung „unter 1% liegen dürfte und insofern im Hinblick auf die vielfältigen positiven Auswirkungen der Umfinanzierung in Kauf genommen werden sollte. Der Grund dafür ist der in der Bundesrepublik vorhandene Exportüberschuss. Bei einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge würden die Exporte nicht mehr zur Finanzierung der sozialen Sicherung beitragen. Um das gleiche Volumen bei einem Sozialausgleich zu bekommen, reicht die Belastung der Importe für eine aufkommensneutrale Umfinanzierung nicht aus. Dieser Effekt lässt sich mildern, wenn die Entlastung der Exporte stufenweise realisiert wird. Vorteile und Nachteile einer solchen stufenweisen Einführung wären abzuwägen.“

Rainer Burkhardt macht nun mit Recht darauf aufmerksam, dass bei den genannten Effekten nicht bloß der Saldo von Import und Export in Betracht kommt (in Deutschland 2004 120 Mrd. EUR Exportüberschuss bei einem Exportvolumen von 720 Mrd. EUR). Sondern wir hätten auch ein Problem bei ausgeglichener Handelsbilanz: Denn schließlich haben bisher alle Exporte über die Lohnnebenkosten an der Finanzierung unserer Sozialsysteme teilgenommen. Die Exporte fallen nun als Finanzierungsquelle, wenn sonst nichts unternommen wird, zur Gänze aus. Dem steht zwar die Belastung der Importe gegenüber. Aber erstens ist es eine offene Frage, wieweit deren Belastbarkeit reicht, weil die konkurrenzlose Billigkeit ja bei vielen Produkten dadurch verschwinden würde und bei einigen damit auch die Produkte selbst mitsamt dem bei ihrem Verbrauch erhofften Sozialausgleich! Und da die Importe ja letztlich aus Gründen der Wettbewerbsentzerrung teurer werden sollen, trifft die Belastung der Importe als Preiserhöhung den inländischen Konsumenten - wenn auch nicht unbedingt in gleicher Höhe wie der Abgabesatz, da bei der Durchsetzbarkeit von Preiserhöhungen der Markt sein gewichtiges Wort spricht.

Die Aufwandsneutralität der Umfinanzierung an der Grenze - beim Export und Import - herzustellen ist also eine kompliziertere Aufgabe, als dies bei den im Inland hergestellten und verkauften Produkten der Fall ist. Wenn man Preissteigerungseffekte vermeiden will - und ich denke, das muss man -, dann muss zusätzlich etwas unternommen werden: Die Unternehmen - soweit sie auch auf dem inländischen Markt tätig sind - müssen ihre Entlastung bei den Exportpreisen wieder an die Verbraucher im Inland im Preis zurückgeben, die Entlastung bei den Nur-Exporteuren muss durch eine gesetzliche Regelung an der Grenze in einem Maße abgeschöpft werden, das erforderlich ist, um den von den Importen ausgehenden Preiserhöhungsdruck aufzufangen. Auch könnte man die

---

27 Vgl. Rainer Burkhardt: Zur Finanzierungsfrage im Gesundheitswesen. In Info 3, 7-8, Juli-August 2006, S. 60ff. Burkhardt greift den Gedanken des mehrwertsteuerartigen Sozialausgleichs zwar als Schutz der Finanzierung vor dem Druck der Globalisierung auf und würdigt ihn, zugleich ist er jedoch der Meinung, der Sozialausgleich werde zu einer erheblichen Erhöhung des Preisniveaus führen - was dann Geringverdienern aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit auf anderem Wege ausgeglichen werden müsse. Deutlicher noch als in dem Artikel hat er seine Einwände in einem unveröffentlichten Manuskript ausgesprochen, das er dem Autor zugesandt hat. Dort artikulierte er die Meinung, Unternehmen seien generell nicht dazu zu bewegen, Entlastungen im Preis weiterzugeben, weder durch den Markt, noch durch den Staat, noch durch assoziative Verständigung. Während ich diese Position aus schon genannten Gründen auch für falsch und defätistisch halte, so haben Burkhardts Argumente hinsichtlich der Wirkungen von Import und Export für mich dennoch erhebliches Gewicht.

Belastung der Importe, um Verwerfungen zu vermeiden, in kleineren Schritten steigern als die allgemeine mehrwertsteuerartige Belastung, soweit sich dies als notwendig bzw. sinnvoll erweist.[28]

Weltweit gerecht - Mehrwertsteuerartige Finanzierung als Entwicklungsansatz

Das Problem ist also alles andere als unlösbar. Allerdings dämpfen die angeführten Überlegungen Hoffnungen, dass die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens ein gewaltiges Exportförderungsprogramm darstellen würde. Eine solche eierlegende Wollmilchsau ist das Grundeinkommen nicht - und soll es auch nicht sein. Denn letztlich sind Exportüberschüsse weltwirtschaftliche Gleichgewichtsstörungen. Das erkannte bereits John Maynard Keynes und versuchte mit seinem Plan für die International Clearing Union von 1944 dagegen praktisch anzugehen. (Die Clearing Union wurde in Bretton Woods nicht realisiert und an ihre Stelle trat der Internationale Währungsfonds, mit den bekannten Folgen.) Es geht der Sache nach gar nicht um Exportförderung, sondern um den Einstieg in weltweit sozial gerechte und ökonomisch - wie ökologisch - ausbalancierte Verhältnisse. Bei dem Vorschlag des Instituts für soziale Gegenwartsfragen 1999 haben wir ausdrücklich erklärt, dass die Handelspartner aufgefordert werden sollen, den verbrauchsorientierten mehrwersteuerartigen Sozialausgleich zu übernehmen und unsere Exporte - ihre Importe - mit der in ihrem Land für richtig erachteten Sozialquote zu belasten, - für Entwicklungsländer die Chance, überhaupt Sozialsysteme aufzubauen.

Am Ende sollte also ein neues Gleichgewicht stehen, die schrittweise zu erreichende Entlastung unserer Exporte käme dann Ländern des Südens, in die wir exportieren, als Entwicklungsbeitrag zu gute: Die Belastung mit der Sozialquote jener Länder würde als Kaufkraft dort verbleiben, während - bei gleichem Produktpreis - die in den importierten Waren enthaltenen Sozialkostenanteile der Importländer heute in diese Ländern zurückfließen. Wie die Grundeinkommensidee als solche letztlich das Recht jedes Erdenbürgers auf eine menschenwürdige Existenz zum Ziel hat, so muss auch die Form der Finanzierung weltweiter Gerechtigkeit dienen. Die Finanzierung des Grundeinkommens über einen mehrwertsteuerartigen Sozialausgleich oder eine sozialausgleichend gestaltete Mehrwertsteuer ist zugleich ein neuer Ansatz der Entwicklungspolitik!

---

28 Wer dies alles für zu kompliziert hält, dem sei gesagt, dass wir in rund drei Jahren Wechselkursschwankungen zwischen Euro und Dollar in der Größenordnung von 30 % zu bewältigen hatten, ohne dass es Verwerfungen gegeben hätte, die nicht zu bewältigen gewesen wären. Es gehört zu den in Deutschland zu überwindenden Denkblockaden, dass man die Veränderungen durch anonyme Finanzmärkte für normal hält, während man bei geringeren Veränderungen durch bewusste gesellschaftliche Eingriffe Katastrophenszenarien ausmalt.